

Verfolgung und Widerstand im heutigen nördlichen Rheinland-Pfalz 1933 - 1945

von Joachim Hennig: Vortrag gehalten am 22. Juli 2014 bei der Volkshochschule Neuwied

Liebe Gäste,

haben Sie vielen Dank für die freundliche Begrüßung.

Für diesen Vortrag – es ist mein erster in der Volkshochschule Neuwied und hoffentlich nicht mein letzter – haben wir uns eine ganz besondere Zeit ausgesucht: zwei Tage nach der 70. Wiederkehr des Attentatsversuchs von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, und dem misslungenen Umsturzversuch am selben Tag sowie vier Tage nach der 75. Wiederkehr des Todes von Pfarrer Paul Schneider, dem „Prediger von Buchenwald“ aus Dickenschied im Hunsrück. Beides sind Ereignisse, die in den Medien, gerade auch im Fernsehen gewürdigt wurden und die uns in diese Zeit erinnern haben und uns für die Gegenwart und Zukunft mahnen.

Lassen Sie mich dazu aus der Gedenkrede von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Feierstunde der Bundesregierung und der Stiftung 20. Juli 1944 im Bendlerblock in der Stauffenbergstraße in Berlin-Mitte zitieren. Unser Bundespräsident sagte vorgestern:

Eins lehrt uns die Erinnerung an den 20. Juli 1944 gewiss: Wir haben eine Wahl zwischen Handeln und Untätigkeit, zwischen Reden und Schweigen. Das zeigt uns der 20. Juli. (...) Wir haben auch eine Wahl zwischen Erinnern und Vergessen. Deshalb möchte ich heute daran erinnern, dass es eine mutige Einzelne war – Luise Olbricht, die Witwe des hier erschossenen Generals –, die 1952 den Grundstein für das Ehrenmal in diesem Ehrenhof legte. Es hat lange gedauert, bis zur Erinnerung an den 20. Juli auch der gebührende Respekt vor dem Mut seiner Protagonisten in der Breite der Gesellschaft hinzutrat. Und so spiegelt die Geschichte der Erinnerung an die mutige Tat auch den guten Weg einer bundesdeutschen Gesellschaft wider, die Gewissheiten hinterfragt und sich auch der schmerzhaften Vergangenheit stellt. In der Bundesrepublik bewahren wir dem gesamten Widerstand ein ehrendes Gedenken, auch dem kommunistischen Widerstand – aus tiefer Achtung und hohem Respekt vor der Leistung aller Mutigen, die zu widerstehen vermochten, als die Masse in Anpassung verharrte.

Ich möchte mich noch kurz bei Ihnen vorstellen. Von Beruf bin ich Richter, ich bin seit einem $\frac{3}{4}$ Jahr im Ruhestand. Ansonsten bin ich seit vielen Jahren in der Gedenkarbeit in und um Koblenz aktiv. Ich bin Gründungsmitglied und heute stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz, stellvertretender Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit im heutigen Rheinland-Pfalz und Mitglied des Wissenschaftlichen Fachbeirats zur Gedenkarbeit bei der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Ansonsten bin ich Autor, Ausstellungsmacher, Referent, Tagungsleiter zum Thema juristische Zeitgeschichte und vor allem zu Gedenkarbeit im nördlichen Rheinland-

Pfalz. Da passt es natürlich sehr gut, dass ich heute bei Ihnen bin und Ihnen einiges zur Verfolgung und Widerstand im heutigen Rheinland-Pfalz 1933 – 1945 erzähle.

Wir wollen uns jetzt nicht weiter bei der Vorrede aufhalten. Wir haben heute Abend ein dichtes Programm. Das Thema ist sehr komplex, da gibt es viel zu erzählen und mit der Powerpoint-Präsentation zu zeigen. Ich werde versuchen, das Thema komprimiert auf 1 ½ Stunden zusammenzufassen. Danach gibt es dann noch Gelegenheit zur Diskussion.

In meinem Vortrag werden Sie sicherlich einiges über das heute nördliche Rheinland-Pfalz und seine Bürger erfahren, was Ihnen noch nicht so bekannt war. Manches werden Sie auch wiedererkennen, denn Sie kennen es aus der deutschen Geschichte. Das braucht Sie nicht zu wundern. Vieles, was anderenorts geschah, geschah auch hier im nördlichen Rheinland-Pfalz. Dies und seine Bürger waren damals nicht ungewöhnlich – nicht besonders „stramm“ „Nazi“ und auch nicht besonders „Anti-Nazi“. Das nördliche Rheinland-Pfalz war während des Nationalsozialismus, also in der gesamten Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945, eine „normale“ Region. Koblenz war zwar „Gauhauptstadt“, Hauptstadt des NS-Gaues Koblenz-Trier (später: Gau Moselland), aber ansonsten eine Stadt und auch eine Region wie jede andere auch, mit Opfern und mit Tätern, und natürlich auch mit vielen, viel zu vielen Zuschauern. Das nördliche Rheinland-Pfalz war während der NS-Zeit so „Durchschnitt“, so „normal“, dass man an seiner Geschichte im Großen und Ganzen die Geschichte der Verfolgung und des Widerstandes im „Dritten Reich“ regionalgeschichtlich wieder findet - sofern man nur lang und intensiv genug den Spuren der Täter und der Opfer nachgeht.

Die Verfolgung in Koblenz und Umgebung begann schon wenige Tage nach der sog. Machtergreifung am 30. Januar 1933 mit dem Erscheinungsverbot für Zeitungen, mit der Verhinderung von Demonstrationen und der Entfernung von Demokraten aus Schlüsselstellungen in den Verwaltungen. Eines der ersten Opfer war der Polizeipräsident von Koblenz, Dr. Ernst Biesten. Getreu seinem Wahlspruch „Tue recht und scheue niemand!“ war er seit Jahren ein entschiedener Gegner der Nazis gewesen. Was sie jahrelang nicht schafften, gelang den Nazis schon zwei Wochen nach der „Machtergreifung“. Sie setzten Biesten - und das mit großer Häme - als Polizeipräsident von Koblenz ab und sorgten dafür, dass er wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ während der ganzen Naziherrschaft kein öffentliches Amt mehr bekleiden konnte. Auch Rechtsanwalt durfte er nicht werden. Er überlebte aber die Diktatur, war Mitbegründer der CDU in Koblenz, einer der Väter rheinland-pfälzischer Verfassung und schließlich erster Präsident des Oberverwaltungsgerichts und des Verfassungsgerichtshofs von Rheinland-Pfalz.

Die Kommunisten waren als erste im Fadenkreuz der Nazis. Zwar gab es Aufrufe von ihnen zu einem Generalstreik – mehr aber auch nicht. Stattdessen gab Hitler für die Wahlen im März 1933 die Parole aus: „Kampf gegen den Marxismus!“ Da war der Brand des Reichstags am Abend des 27. Februar 1933, den die Nazis den Kommunisten in die Schuhe schoben, für sie ein „gefundenes Fressen“. Später erinnerte sich der Metternicher Kommunist Jakob Newinger an diese Zeit Anfang 1933:

Die Arbeiter waren zur Stelle. Die Arbeiter, die noch an einen Generalstreik glaubten und auch dazu bereit waren, wurden von der SPD und der Gewerkschaftsführung sehr enttäuscht, da diese den Generalstreik ablehnten und damit Hitler den Weg freimachten zur Machtübernahme. Ich kann mich noch gut erinnern, wie der SPD-Abgeordnete Wels im Reichstag sagte, lieber 10 Mal mit den Nazis als einmal mit den Kommunisten. Der Reichstagsbrand von den Faschisten selbst angelegt, war das Signal zur Verhaftung aller Antifaschisten. In erster Linie ging es gegen die KPD, die auch fälschlicherweise beschuldigt wurde, den Reichstag in Brand gesetzt zu haben. Ich selbst wurde am 28. Februar 1933 als erster verhaftet und in Schutzhaft genommen. (In den) darauf folgenden Tagen kamen noch viele Genossen dazu. (...) Die Straße war sehr belebt durch den Karneval. Die Menschen protestierten gegen meine Verhaftung und verlangten meine sofortige Freilassung. Als die Ansammlung immer größer wurde, rief der Naziwirt das Überfallkommando an, was auch bald erschien und mich unter Protest der Massen in das Auto zerzte und ins Polizeigefängnis brachte. Andern Tags kamen noch mehr bekannte Genossen dazu.

Newinger und die anderen Kommunisten kamen in sog. Schutzhaft. Sie sollte hinfert das Mittel der Nazis und ihrer vielen Helfer sein, die politischen Gegner oder die, die sie dafür hielten, wegzusperren und zu schikanieren. Festgehalten wurden sie hier in Koblenz vornehmlich in dem Gerichtsgefängnis in der Karmeliterstraße. Das steht heute nicht mehr. Es stand da, wo sich jetzt der rückwärtige Teil des BWB („Koblenzer Hof“) befindet und das Gedenkrelief für Pater Josef Kentenich angebracht ist.

Es folgten die ersten Drangsalierungen der Juden, indem man sie aus der Richterschaft, der Staatsanwaltschaft, der Rechtsanwaltschaft sowie aus dem juristischen Vorbereitungsdienst entfernte, ihre Geschäfte boykottierte und sie wegen vermeintlicher Straftaten stigmatisierte.

Zum 1. Mai 1933 organisierten Nazis einen großen Bluff, dem auch die Gewerkschaften erlagen: Sie organisierten den traditionellen Kampftag der Arbeiterbewegung, den 1. Mai, mit Demonstrationen und Aufmärschen in ihrem Sinne und erklärte ihn erstmals in der deutschen Geschichte zum Feiertag, zum „Feiertag der nationalen Arbeit“. Ziel der Nazis war es, die Gewerkschaften in Sicherheit zu wiegen und den Arbeiter für sich und die deutsche „Volksgemeinschaft“ zu gewinnen.

Auch in Koblenz und Umgebung wurde der 1. Mai nach Art der Nazis gefeiert. Die nachfolgenden Schlagzeilen aus dem „Koblenzer Nationalblatt“ vermitteln einen gewissen Eindruck:

Die Schlagzeile vom 2. Mai lautete:

Der Tag des deutschen Sozialismus – Gewaltige Massenkundgebungen im Südrheinland.

Und im regionalen Teil von Koblenz hieß es:

Koblenz feiert den 1. Mai – und Feuer grüßen über den Rhein – Gewaltiger Lichterzug zum Oberehrenbreitstein – Der Gruß der 10.000 an den Führer.

Das war das Vorspiel nur und am folgenden Tag kam das, was die Nazis schon längst geplant hatten: die Zerschlagung der Gewerkschaften. Überall im Deutschen Reich stürmte die SA die Gewerkschaftsbüros, verhaftete Funktionäre und beschlagnahmte das Eigentum. Die Regierung erklärte die Freien Gewerkschaften für aufgelöst und bildete die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Robert Ley als Zwangsvereinigung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Mit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften und vor allem dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 als „staats- und volksfeindlich“ setzte sich die Verfolgung des politischen Gegners fort.

Jetzt wurden außer den Kommunisten verstärkt auch Sozialdemokraten, Gewerkschafter und oppositionelle Bürgerliche in „Schutzhaft“ genommen. Viele von ihnen kamen in die auf dem Clemensplatz stehende SS-Kaserne. Daran, was dort geschah, erinnerte sich später ein Kommunist wie folgt:

Im Jahr 1933 wurde ich aus politischen Gründen und zwar am 27. Juli 1933 festgenommen. Etwa um 15.30 Uhr wurde ich in die SS-Kaserne auf dem Clemensplatz transportiert und dort vernommen. Bei diesen Vernehmungen wurde ich schwer misshandelt (...). An diesem Tage wurde außer mir nur noch der Geschäftsführer Albrecht B. vernommen. Albrecht B. wurde so misshandelt (während dieser Zeit wurde ich hinausgeführt), dass ich sah, wie B. auf Aufforderung auf den Knien seinen Kot vom Boden aufwischen musste (...) An diesem Tage betrat etwa um 21.00 Uhr (der SS-Sturmführer) Emil Faust in betrunkenem Zustand das Vernehmungslokal. Bei dieser Vernehmung hielt mir (ein anderer SS-Mann) den entschärften Revolver ins Genick, in der anderen Hand hatte er einen Gummiknüppel. Faust nahm mir die Brille von der Nase und schlug sofort – ohne ein Wort zu sprechen – in brutalster Weise auf mich ein. Ich fiel auf die Erde und schützte nur mit den Armen und Händen mein Gesicht. Die Schläge empfing ich in rascher Aufeinanderfolge mit dem Gummiknüppel, den Faust dem (anderen SS-Mann) aus der Hand genommen hatte. Man schlug mich auf den Hinterkopf, den Rücken, das Gesäß und die Oberschenkel. Diese Schläge empfing ich längere Zeit, so dass ich kaum mehr den Schmerz verspürte, sondern nur noch den Schlag als solchen (...) Faust versetzte dann mir mit seinen Stiefeln noch einige Tritte in den Rücken und verließ wieder das Vernehmungslokal. Ich bemerke ausdrücklich, dass ich mit dem Faust keine persönlichen Differenzen hatte. Ich vermute, dass Faust irgendwie erfahren hatte, dass an diesem Tag Vernehmungen von politischen Gefangenen durchgeführt wurden.

Am nächsten Tag wurden die Vernehmungen fortgesetzt. Da das Schreien der Vernommenen weit hörbar war, wurden die Vernehmungen in einer Autohalle durchgeführt, bei welchen dann ein Motor zum Laufen gebracht worden sein sollte (...) Die politischen Gefangenen wurden aus der Strafanstalt Koblenz in die SS-Kaserne überführt. Es wurden an diesem Tag etwa 15 politische Gefangene vernommen (...)

Die Schwere der Misshandlungen ergibt sich auch daraus, dass aus dem Dachfenster des daneben liegenden Oberpräsidiums zwei Putzfrauen auf die Straße riefen: „Hilfe, hier werden Leute misshandelt!“ Ein SS-Posten ergriff das Gewehr und rief zurück: „Wenn ihr nicht mit euren Köpfen verschwindet, schieße ich euch die Köpfe ab!“ Daraufhin fanden, wie erwähnt, die Vernehmungen in der Autohalle statt.

Die ersten Koblenzer, es waren ca. 40 Schutzhäftlinge, kamen in das neu errichtete Konzentrationslager Esterwegen im Emsland. In diesem Emslandlager – in denen übrigens das auch heute noch sehr bekannte antifaschistische Lied „Wir sind die Moorsoldaten“ entstand - wurden sie u.a. von dem bereits erwähnten Koblenzer SS-Mann Emil Faust gequält. Faust wurde dann schon sehr bald Kommandant des Konzentrationslagers Neusturum im Emslager. Er quälte die Häftlinge so sehr, dass es sogar der politischen Polizei zu viel wurde. Faust wurde als Lagerkommandant abberufen und einige Zeit später Hausmeister in der Neuendorfer Volksschule – der heutigen Willi Graf-Schule. Das war dann wohl der richtige Wirkungskreis für ihn.

Drangsaliert - wenn auch in deutlich geringerem Maße - wurden auch die Mitglieder der (katholischen) Zentrumspartei. Ihre Abgeordneten verloren ihre Mandate und waren Diffamierungen ausgesetzt. Mit Sparkassen- und Devisenverfahren wollte man sie kriminalisieren. Diese Strafprozesse endeten aber mit Freispruch. Der Name des früheren Reichstagsabgeordneten Eduard Verhülsdonk aus Neuwied, der ebenfalls in „Schutzhaft“ genommen dann aber freigesprochen wurde, steht für diese Opfergruppe.

Härter ging die Justiz mit den Kommunisten um. Anlass für Strafverfahren gegen sie waren etwa illegaler Waffenbesitz, die Herstellung oder Verteilung von Flugschriften der KPD, die Zahlung von Beiträgen an die inzwischen illegale Parteikasse o. ä. Solche Aktivitäten galten als Vorbereitung zum Hochverrat und führten auch bei Koblenzern zu Strafverfahren. So wurden beispielsweise in einem Massenverfahren 21 Koblenzer Kommunisten wegen Verteilung von Flugschriften und Zeitungen sowie sonstiger Betätigung für die inzwischen illegale KPD mit bis zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Justiz ließ sich schon sehr früh und auch in anderen Bereichen für das Unrechtsregime missbrauchen. Dies geschah beispielsweise bereits ab 1934 in den Erbgesundheitsgerichten, die aufgrund des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sog. Rassenhygiene betrieben. Auch das in Koblenz ansässige Erbgesundheitsgericht ordnete Zwangssterilisationen an. Allein 1934 waren es 530 und 1935 920 Anordnungen. Die allermeisten Unfruchtbarmachungen erfolgten zwangsweise. Viele wurden im Städtischen Krankenhaus Kemperhof durchgeführt.

Eine andere Form des Rassismus der Nazis war es, „fremde Rassen“ als genetisch „minderwertig“ zu stigmatisieren, wie es etwa durch die sog. Nürnberger Gesetze und ihre Folgeerscheinungen geschah. In Verfolg dessen gab es in Koblenz kurz nach Erlass der „Nürnberger Rassengesetze“ die „Judenliste von Koblenz“. Mit ihr wurde unter Namensnennung im Einzelnen zum Boykott gegen jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte, Ärzte u.a. aufgerufen wurde. Nach dem „Blutschutzgesetz“, einem Nürnberger Gesetz, waren außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und „Ariern“ verboten. Schon ein Kuss war versuchte „Rassenschande“. Der 57jährige Jude Max Kaufmann aus Koblenz wurde wegen eines solchen Kusses vom Landgericht Koblenz zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe büßte er vollständig und wurde als Jude alsbald in den Osten deportiert.

Zentrum dieses sich immer mehr steigenden Terrors war die Leitstelle der Geheimen Staatspolizei (Gestapo-Leitstelle) in der Straße „Im Vogelsang“. Das Gebäude existiert heute nicht mehr, wohl aber die Straße „Im Vogelsang“. Es ist eine kleine Straße neben dem heutigen Landeshauptarchiv und sie führt - heute wie früher - auf den Haupteingang des Gebäudes des Landgerichts. Erst um 1936 hatte die Gestapo das Gebäude bezogen. Es war viele Jahre lang von der Reichsbank genutzt worden. Als diese dann in die Neustadt am Schloss zog in das Gebäude, in dem sich heute die Filiale der Deutschen Bundesbank befindet, wurde dieses alte Reichsbankgebäude frei. In das zog wie gesagt die Gestapo. Sie können sich vorstellen, was sich dort jahrelang in den im Keller gelegenen Tresorräumen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgespielt hat. Dort war das „Hausgefängnis“ der Gestapo(leit)stelle Koblenz. Dorthin wurden Mitbürger gebracht, vor allem um sie zu verhören und dabei zu quälen und zu foltern.

Im katholischen Rheinland blieb es nicht aus, dass der politische Katholizismus, die katholische Kirche und der katholische niedere Klerus ins Fadenkreuz der Nationalsozialisten gerieten. Die Nazis wollten letztlich die gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen, Traditionen und den Einfluss des Katholizismus zurückdrängen. Dabei rückten die katholischen Priester immer mehr in das Blickfeld. Auf ihrem Rücken trugen die Nazis - auch hier in Koblenz - ihren „Weltanschauungskampf“ gegen die katholische Kirche aus. Das sah dann beispielsweise so aus, dass schon die Nichtbeflagung des Kirchturms Anlass für eine vorübergehende „Schutzhaft“ und/oder eine mehrmonatige Gefängnisstrafe war.

Auch evangelische Pfarrer blieben von den Nazis nicht verschont. Einer der bekanntesten ist der Dickensieder Pfarrer Paul Schneider, der wiederholt in Koblenz in „Schutzhaft“ inhaftiert war. Teils hielt man ihn in dem bereits erwähnten Gefängnis im Gestapo-Gebäude im „Vogelsang“ fest, teils auch im Polizeigefängnis (heute Neubau der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz am Friedrich-Ebert-Ring). Aus diesem Polizeigefängnis heraus wurde Pfarrer Paul Schneider ins KZ Buchenwald deportiert. Wegen seines unbeugsamen Widerstehens aus christlicher Überzeugung erhielt er später den Ehrennamen „Prediger von Buchenwald“. Er ist wohl das erste Koblenzer Opfer des nationalsozialistischen Regimes, das in einem Konzentrationslager umgebracht wurde.

Ähnlich aufrecht waren die Zeugen Jehovas bzw. die Ernsten Bibelforscher wie sie damals hießen. Zunächst überzog man sie wegen ihres Glaubens mit Strafverfahren und sperrte sie in Gefängnisse. Später nahm man einige von ihnen auch hier in Neuwied in „Schutzhaft“ und verschleppte sie in Konzentrationslager. Zwei von ihnen waren die Eheleute Michaelis aus Neuwied. Sie wurden vom Sondergericht Köln, das in Koblenz tagte, zu einem Jahr und vier Monaten bzw. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Fritz Michaelis kam nach Verbüßung der Gefängnisstrafe nicht frei, sondern wurde hier in Koblenz in „Schutzhaft“ genommen und von hier aus ins KZ Dachau verschleppt. Etwa ein Jahr später kam er dort um. Seine Frau Liesbeth zog nach der Entlassung aus der Haft nach Berlin. Auch dort blieb sie ihrem Glauben treu, schloss sich einer widerständigen Organisation an und versteckte fahnenflüchtige Glaubensbrüder. Als dies entdeckt wurde, nahm man sie in Haft und verurteilte sie wegen „Wehrkraftersetzung“ zu fünf Jahren Zuchthaus.

Das Jahr 1938 kündigte einen Wendepunkt der Verfolgung im Nationalsozialismus an. Der Vorbote dieses Wendepunkts war die sog. Reichspogromnacht am 9./10. November 1938. Sie und ihre Folgen machten den jüdischen Mitbürgern deutlich, dass für sie die bürgerlichen Rechte und Gesetze in einem totalen und existentiellen Sinne nicht mehr galten. In Koblenz wurden von Trupps der SA, SS und Gestapo 19 Geschäfte und 41 Wohnungen demoliert und die jüdischen Mitbürger misshandelt. Eine von vielen war Emma Brasch, die Witwe des zwei Jahre zuvor gestorbenen Rechtsanwalts und Justizrats Dr. Isidor Brasch. Nach dem Tod ihres Mannes und der Auswanderung ihres jüngeren Sohnes Dr. Walter Brasch und seiner Familie war sie in dem wunderschönen Haus in der Rizzastraße 40 allein wohnen geblieben. Am frühen Morgen des 10. November 1938 fiel eine ganze Horde Nazis in das Haus ein und demolierte es. Bereits im Eingangsbereich rissen die Männer die Kacheln von den Wänden und beschädigten das Treppenhaus. Ihre Verwüstung setzten sie in der Wohnung fort, in der sie die 71-jährige Emma Brasch allein antrafen. Die Nazis zerhackten einen großen Teil der Möbel, und plünderten den Inhalt von Schränken. Die entsetzte alte Dame zerren sie aus der Wohnung, schleppten sie in den Garten, sperrten sie dort ein und machten von ihr, im Nachthemd, ein Foto – um es später im dem Hetzblatt „Der Stürmer“ zu veröffentlichen und damit die Juden insgesamt lächerlich zu machen.

Die Koblenzer Synagoge am Florinsmarkt, in dem „Bürresheimer Hof“, wurde zerstört – nicht wie andersorts in Brand gesetzt, weil sonst die umliegenden Häuser in Mitleidenschaft gezogen worden wären, der Friedhof in der Schwerzstraße geschändet und die Leichenhalle verwüstet. Die Gestapo verhaftete etwa 100 Männer und verschleppte sie in Konzentrationslager. Ins Konzentrationslager wurde auch der ältere Sohn der erwähnten Emma Brasch, Ernst Brasch, verschleppt. Wohl alle Koblenzer – und auch Ernst Brasch - kamen dann wieder frei, aber die jüdische Gemeinde und ihre Mitglieder - auch hier in Koblenz - waren in ihrem Lebensnerv schwer getroffen und letztlich als rechtlos aus der Gesellschaft ausgeschlossen.

Die endgültige Wende brachte der vom Hitler am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen entfesselte Zweite Weltkrieg. Auf diese Situation hatten die Nazis nicht nur längere Zeit militärisch und außenpolitisch hin gearbeitet, sondern sich auch innenpolitisch vorbereitet. Dazu hatten sie eine Kartei mit SPD-Parteifunktionären und mit Gewerkschaftern angelegt. Am 1. September 1939 verschleppten sie entsprechend dieser sog. A-Kartei-Aktion etwa 850 Personen in Konzentrationslager. Einer von ihnen war der Metternicher SPD-Funktionär Johann Dötsch. Er blieb fast sechs Jahr im KZ Sachsenhausen. Ende April 1945 kam Johann Dötsch von Sachsenhausen aus noch auf den Todesmarsch in Richtung Ostsee. Er überlebte, wurde Anfang Mai befreit, musste aber zunächst wegen seines sehr schlechten Gesundheitszustandes und der unzureichenden Verkehrsverbindungen noch monatelang in Mecklenburg bleiben. Nach seiner Rückkehr nach Koblenz war er Wiederbegründer der SPD in Koblenz und Präsidialdirektor in der Provinz Rheinland/Hessen-Nassau. Kaum ein Jahr später starb er an den Folgen der im KZ erlittenen Misshandlungen. Drei Wochen vor seinem Tod ging für ihn noch ein großer Wunsch in Erfüllung: Auf der Bahre wurde er ins Wahllokal getragen und er konnte an den ersten freien Wahlen seit 1933 teilnehmen. Tja, so ändern sich die Zeiten. Wenn heute Wahl ist, gehen viele nicht hin – auch nicht ohne Bahre.

Im Zuge der Kriegsvorbereitungen schufen die Nazis die Grundlagen für die Verfolgung im künftigen Krieg, der dann Verfolgungen in einem ganz anderen Maße auslöste bzw. ermöglichte. Mit Kriegsbeginn holte man die in der Schublade verwahrten Gesetze und Verordnungen hervor und setzte sie in Kraft: die Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz vom 17. August 1938(!), die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939, die Kriegswirtschafts-Verordnung vom 4. September 1939 und die Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. September 1939. Allein schon die Wortwahl „Volksschädling“ macht deutlich, was damit bezweckt war: die „Schädlingsbekämpfung“, die Vernichtung von Menschen.

Diese Rechtsvorschriften lieferten die scheinlegale Grundlage für die Bestrafung u.a. von Eides- und Kriegsdienstverweigerern, Deserteuren und Saboteuren, und das bedeutete oft - wie es damals hieß - ihre „Ausmerze“. Auch Koblenzer bzw. Personen aus dem Umland wurden Opfer dieser Blutjustiz. Einer dieser Eides- und Kriegsdienstverweigerer war der Pallotiner-Pater Franz Reinisch. Er wurde wegen seiner Gewissensentscheidung, den Treueid als wehrpflichtiger Soldat auf Hitler persönlich nicht leisten zu können, vom Reichskriegsgericht in Berlin wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Brandenburg-Görden mit dem Fallbeil hingerichtet.

Neben diesem Reichskriegsgericht in Berlin gab es aber auch eine Militärgerichtsbarkeit „vor Ort“, die solche Handlungen mit drakonischen Strafen aburteilte. Hier in Koblenz residierte ebenfalls ein Militärgericht. Es hatte seinen Sitz im Coenenschen Haus in Ehrenbreitstein. Auch dies verhängte Todesurteile, nach einer groben Stichprobe wissen wir von mindestens 11 Todesurteilen.

Zur Aburteilung solcher Wehrdienstentziehungen waren auch die zivilen Gerichte zuständig. Solche Straftaten kamen aber nun nicht vor die „normalen“ zivilen Gerichte. Vielmehr hatten die Nazis schon frühzeitig Sondergerichte geschaffen. Ein solches Sondergericht war etwa der Volksgerichtshof in Berlin. Daneben gab es aber solche auch „vor Ort“. Sie hießen auch so - nämlich Sondergerichte - und waren bei den Landgerichten angesiedelt. Zunächst existierte beim Landgericht in Koblenz noch kein derartiges Sondergericht, es wurde dann aber im Jahre 1940 eingerichtet - wegen des starken Geschäftsanfalls wie es hieß. Von da ab spielte in diesem Bereich auch das Sondergericht Koblenz eine schlimme Rolle. Vom Sondergericht in Koblenz sind allein 15 Todesurteile bekannt.

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges markierte in vielem eine schwerwiegende Verschärfung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse und eine weitere Radikalisierung der Verfolgung durch die Nationalsozialisten und ihre Helfer. Damit änderten sich die Repressalien der Nazis reichsweit und in dem von ihnen angegriffenen und besetzten Europa, aber auch konkret hier in Koblenz. Es änderte sich nicht die Richtung der Verfolgung, wohl aber deren Schwere und die Zahl der Opfer. Waren bisher - bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges - die Toten die Ausnahme, so war es für die Zeit danach eher umgekehrt: Die Ausnahme waren die Überlebenden.

Auf den 1. September 1939 datierte auch der sog. Ermächtigungserlass Hitlers, der die pseudo-rechtliche Grundlage für den als „Euthanasie“ genannten Massenmord an mehreren hunderttausend Menschen bildete. Auch Koblenzer Mitbürger sind als „lebensunwertes Leben“ (Stichwort der Nazis: „unnütze Esser“) vernichtet worden. Die meisten von ihnen sind in der „Euthanasie“-Tötungsanstalt Hadamar bei Limburg mit Kohlenmonoxyd ermordet und anschließend verbrannt worden. Das war für sie die letzte Station auf ihrem Leidensweg. Zuvor lebten sie in einer Heil- und Pflegeanstalt in der Umgebung, in Andernach oder in Scheuern. Von dort aus wurden sie ins Gas nach Hadamar geschickt. Bald darauf schaffte man weitere Kranke - es hatte durch die Transporte zuvor ja Platz gegeben - nach Andernach und nach Scheuern, die als so genannte Zwischenanstalten fungierten. Wenig später schickte man sie ebenfalls nach Hadamar in den Tod. U.a. aufgrund der mutigen Predigten des Bischofs von Münster, Graf von Galen, ließ Hitler diese Aktion einstellen. Gleichwohl kam es aber alsbald in einer zweiten Phase zu weiteren Tötungen, auch wiederum von Koblenzern in der Tötungsanstalt in Hadamar.

Mit dem Krieg verstärkte sich auch die Verfolgung der Sinti und Roma. Hatte man sie zunächst schikaniert, dann registriert und die in der Umgebung von Koblenz lebenden Sinti hier konzentriert, so wurden sie alsbald deportiert. Im Zusammenhang mit dem sog. Westfeldzug wurden im Mai 1940 zehn in Koblenz lebende Sinti-Familien (insgesamt 77 oder 78 Personen) aus ihren Wohnungen herausgeholt und in der Thielenschule in der Goldgrube gesammelt. Von dort aus transportierte man sie nach Köln und dann zusammen mit insgesamt 2.500 Sinti und Roma aus den westlichen und nordwestlichen Teilen des Reiches in das besetzte Polen, in das sog. Generalgouvernement. Um dort überhaupt überleben zu können, mussten sie - selbst 10-jährige Kinder - in Steinbrüchen u.ä. sehr hart arbeiten.

Im Zuge des „Westfeldzuges“ wurden die Nazis auch vieler politischer Gegner habhaft, die seit 1933 in das Ausland emigriert waren. Gerade aus Koblenz und Umgebung flohen einige, vor allem Juden, nach Holland. Andere, „Politische“ - es waren ganz überwiegend Kommunisten - suchten zunächst in dem Saargebiet, das einen Sonderstatus hatte, Zuflucht und flohen später weiter nach Frankreich. Teilweise nahmen sie sogar auf Seiten der Internationalen Brigaden am Spanischen Bürgerkrieg teil. Nach der Besetzung eines Teils von Frankreich wurden sie von den kollaborierenden Franzosen den Nazis ausgeliefert. Man verschleppte sie nach Deutschland und einige von ihnen saßen mehr oder minder lange in Gestapohaft in Koblenz. Ihnen machte man dann vor dem Volksgerichtshof in Berlin den Prozess. Manche von ihnen wie etwa der aus (Höhr-) Grenzhausen stammende Kommunist und Spanienkämpfer Hermann Geisen wurde vom Volksgerichtshof wegen „Zersetzung der Wehrkraft, Hoch- und Landesverrats“ zum Tode verurteilt und im Gefängnis Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nach wie vor wurden die katholischen Priester und Patres verfolgt. Eine größere Anzahl von ihnen - zwar nicht aus Koblenz selbst, wohl aber aus dessen näherer Umgebung - wurde allein wegen der Verteidigung ihres religiös-seelsorgerischen Bereichs, ihrer kulturellen Autonomie und ihrer ethischen Maximen schikaniert und festgenommen und dann in Koblenz in Gestapohaft gehalten. Besonders unerbittlich gingen die Nazis und ihre Helfer gegen die in Schönstatt bei Vallendar beheimatete Schönstatt-Bewegung vor. Mehrere Patres von ihnen saßen hier in Koblenz im

Karmelitergefängnis in „Schutzhaft“. Einer von ihnen war der Pater Albert Eise. Er wurde anlässlich einer Tagung mit Studentinnen der Schönstatt-Bewegung im Barbara-Kloster in Koblenz Anfang August 1941 verhaftet, kam hier in „Schutzhaft“ und wurde dann von hier aus ins KZ Dachau verschleppt. In völliger Annahme seines Leidens starb er im Hungerjahr 1942 in Dachau an Hungerruhr. Nur wenige dieser Patres - wie der Gründer der Schönstatt-Bewegung Pater Josef Kentenich - überlebten diese - wie man es nannte - „Hölle ohne Gott“. Auch drei Marienschwestern von „Schönstatt“ - zum Teil nach vorheriger „Schutzhaft“ hier in Koblenz - im KZ, und zwar im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Eine von ihnen, Charlotte Holubars, kam dort um.

In Deutschland gab es auch in jenen Jahren trotz jahrelanger Verfolgung und Gleichschaltung durch die Nazis noch Widerstand oder widerständisches Verhalten. Obwohl die Kommunisten von Anfang an ganz massiv von den National-sozialisten verfolgt worden waren, gelang es ihnen, über die Jahre hinweg in traditioneller Form vielfältigen Widerstand zu leisten. In kleinen Zirkeln hielten sie Kontakt untereinander und bestärkten sich und andere in ihrer Gegnerschaft gegen den Hitler-Faschismus. Ein solcher Kreis von Vertrauten und Gleichgesinnten hatte sich um 1940 auch in Koblenz-Metternich gebildet. Kopf und Herz dieser Gruppe waren die Eheleute André und Anneliese Hoevel, nach denen die Hoevelstraße in Koblenz benannt ist. Sie stammten nicht aus Koblenz, sondern waren nach vielen Jahren der Verfolgung, die sie als Kommunisten zu erdulden hatten, nach Koblenz gekommen. Ihnen wurde zum Verhängnis, dass sie ausländische Sender gehört und sich über das Gehörte untereinander und mit Angehörigen der Wehrmacht ausgetauscht hatten. Darin sah man ein todeswürdiges Rundfunkverbrechen. Aufgrund eines Urteils wurden beide innerhalb von fünf Minuten im Gefängnis von Frankfurt/Main-Preungesheim mit dem Fallbeil hingerichtet. Zu diesem Kreis um das Ehepaar Hoevel gehörte auch der in St. Sebastian geborene und in Metternich lebende Jakob Newinger – ich hatte ihn anfangs schon erwähnt.

Unterdessen verfolgte der Nationalsozialismus schon längst nicht mehr nur seine traditionellen Gegner. Als totale Weltanschauung und als totaler Staat ließ man in letzter Konsequenz keine autonomen Instanzen oder Organisationen neben sich zu. Deshalb duldete man im Bereich der Jugend auch keine autonomen Erziehungsträger und keine autonomen Gruppen und selbst kein nonkonformes Verhalten einzelner. Diesen Totalitätsanspruch setzten die Nazis auch im Bereich der Jugend immer mehr durch, indem man bald außer der Hitler-Jugend keine Jugendverbände mehr duldete. Die letzte traditionelle Jugendgruppe, die darunter zu leiden hatte, war die bündische Jugend. Eine solche gab es auch hier in Koblenz. Es war der „Graue Orden“, eine bündische Jungenschaft im Bereich der katholischen Kirche. Auch dessen Mitglieder waren „Schutzhaft“ und Verfolgung ausgesetzt. Sie hatten in Koblenz übrigens Kontakte zu dem seinerzeit in Bonn studierenden Willi Graf, der später als Mitglied der „Weißen Rose“ hingerichtet wurde. Das ist übrigens der Grund dafür, dass die Grundschule in Koblenz-Neuendorf den Namen „Willi-Graf-Schule“ trägt.

Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang auch noch eine Gruppe von Jugendlichen aus der Pellenz, aus der zwischen Andernach und Mayen gelegenen Osteifel. Sie nannten sich Michaeltruppe und waren eine Gruppe von widerständigen

katholischen Jungen, die für ihr Alter und die hiesigen Verhältnisse ungewöhnlich militant waren.

Die Anführer der Michaeltruppe waren Willi Lohner aus Niedermendig und sein Freund Hans-Clemens Weiler aus Kruft. Beide waren zunächst vom Nationalsozialismus ein bisschen – sagen wir – begeistert, brachte er doch Schwung, schmissige Musik und auch Aufbruchstimmung mit. Schon bald vollzog sich bei den beiden aber ein Bewusstseinswandel. Sie erschreckte der Kirchenkampf des NS-Regimes und sie erlebten, wie Priester wegen ihres Glaubens mundtot und auch ins KZ verschleppt wurden.

Da gründeten sie – gerade einmal 16 bzw. 15 Jahre alt - im November 1942 eine Organisation, die sie Michaeltruppe nannten.

Die Michaeltruppe ging sehr vorsichtig vor, trotzdem entdeckte sie die Gestapo im August 1943. Willi Lohner, Hans-Clemens Weiler und vier weitere Mitglieder der Truppe wurden verhaftet und verhört. Danach brachte man die sechs Jungen in die Jugendarrestanstalt Neuwied. Am 7. September 1943 wurden Willi, Hans-Clemens und die vier weiteren Mitglieder der Michaeltruppe von der Koblenzer Gestapo auf die Burg Stahleck gebracht. Willi Lohner und Hans-Clemens Wagner blieben dort zwei Monate und wurden dann in das „Jugendschutzlager“ Moringen verschleppt. Dort mussten sie in einem Salzbergwerk Munition herstellen. Hans-Clemens zog sich dabei eine Tuberkulose zu, von der er sich nie mehr richtig erholte. Er starb 1974. Wilhelm Lohner machte sein Abitur nach, studierte und begründete ein eigenes Tourneetheater, das „Ensemble Wilhelm Lohner“. Ich hatte noch Kontakt zu ihm. Wilhelm Lohner starb im Jahr 2007.

Die Verfolgung der Juden endete im Völkermord. Seit der sog. Reichspogromnacht hatte sich ihre Lage weiter zugespitzt. In den folgenden Wochen und Monaten ging ein Hagel diskriminierender Verordnungen auf sie nieder. Ein Symbol war der gelbe Stern. Er signalisierte den bevorstehenden Beginn der Deportation. Die Juden waren auch in Koblenz und dessen Umgebung die mit Abstand größte Opfergruppe. Wie keine andere Gruppe wurde für sie die geradezu fabrikmäßige Vernichtung in den KZs des Ostens angeordnet und ganz konsequent durchgeführt. Nachdem im Sommer oder Herbst 1941 die Vernichtung der in deutschen Einflussgebiet lebenden Juden beschlossen und im Januar 1942 auf der sog. Wannsee-Konferenz der verwaltungsmäßige Ablauf des Völkermords koordiniert worden war, setzten ab März 1942 auch die Deportationen der in Koblenz und Umgebung noch lebenden Juden ein.

Der erste Transport, der mit Güterwaggons vom Güterbahnhof in Lützel aus erfolgte, fand am 22. März 1942 statt. 338 Juden aus dem Stadt- und Landkreis Koblenz wurden in die polnische Stadt Izbica bei Lublin deportiert. Die Verhältnisse dort waren in jeder Hinsicht katastrophal. Notdürftig Platz gab es da auch nur, nachdem dort zuvor eingepferchte polnische Juden in die nahe gelegenen Vernichtungslager Chelmo, Belzec und Sobibor verschleppt und dort ermordet worden waren. Das gleiche Schicksal war auch den Juden aus Koblenz bestimmt und im Herbst oder Winter 1942 kamen alle von ihnen im Rahmen der sog. Aktion Reinhard, benannt nach dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich, im

Vernichtungslager Sobibor um. In der Folgezeit gab es noch fünf weitere Deportationen von Koblenz aus mit zum Teil unterschiedlichen Zielen, darunter auch Auschwitz.

Damit wurden wesentliche Teile der damaligen bürgerlichen Gesellschaft ausgerottet. Kaufleute, Unternehmer, Rechtsanwälte, Ärzte, Künstler u.a. mit ihren Familien wurden Opfer dieses Rassenwahns. Zwei von ihnen waren die Rechtsanwälte Dr. Josef Treidel und Dr. Arthur Salomon. Beide waren Soldaten im I. Weltkrieg und dekorierte Frontkämpfer und danach in Koblenz sehr angesehene Rechtsanwälte. Von Beginn der Nazi-Herrschaft an wurden sie als Juden boykottiert, durften aber, da sie Frontkämpfer waren, wenigstens weiter praktizieren. Noch vor dem Pogrom 1938 traf auch sie das Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte. Sie waren nur noch „Rechts-konsulenten“ und durften ausschließlich die noch verbliebenen Juden vertreten. In der sog. Reichspogromnacht wurde Dr. Treidel von SA-Trupps misshandelt, Arthur Salomon kam ins KZ Dachau. Erst kurz vor Weihnachten wurde er wieder entlassen. Salomon wurde zusammen mit seiner Familie am 22. März 1942 ins KZ Izbica bei Lublin verschleppt, Dr. Treidel kam ein Jahr später zusammen mit seiner Frau Erna nach Theresienstadt. Alle Verfolgten verloren schon durch die bloße - wie es hieß - „Auswanderung“ ihre deutsche Staatsangehörigkeit. In den Konzentrationslagern kamen mindestens 576 jüdische Mitbürger aus dem Stadt- und Landkreis Koblenz um - darunter auch die beiden Rechtsanwälte Treidel und Salomon, nur 24 Personen überlebten. Fast zeitgleich mit ihrer Deportation in die Vernichtungslager war bestimmt worden, dass nach dem Tod eines Juden sein Vermögen dem Deutschen Reich fiel. Verantwortlich für diese Deportationen war die Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Koblenz.

Ein ähnliches Schicksal wie die Juden hatten die Sinti zu erleiden. Der massenhafte Mord an ihnen begann mit Himmlers Auschwitz-Erlass von Dezember 1942, mit dem etwa 22.000 Sinti und Roma aus ganz Europa in den als „Zigeunerlager“ bezeichneten Abschnitt des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Die erste Deportation der Sinti aus Koblenz fand am 10. März 1943 statt. Betroffen hiervon waren etwa 150 Personen, 40 Männer, 44 Frauen und 65 Kinder. Es waren „Zigeunermischlinge“ wie sie die Nazis nannten, die am Morgen mit drei Waggons vom Koblenzer Hauptbahnhof aus nach Auschwitz verschleppt wurden. In der Folgezeit hat es mindestens noch eine weitere Deportation von Sinti aus Koblenz gegeben. Diese fand Ende April 1944 statt und hatte ebenfalls das „Zigeunerlager“ des KZ Auschwitz-Birkenau zum Ziel. Diese Deportationen wurden von der Kriminalpolizei hier in Koblenz mitorganisiert und durchgeführt. Wie bei den Juden gab es auch unter den Sinti und Roma in Auschwitz „Selektionen“. Die Arbeitsfähigen wurden in andere KZs verschleppt, die übrigen Anfang August 1944 „liquidiert“. Allein in Auschwitz wurden 26 Sinti aus Koblenz ermordet.

Mit fortschreitendem Weltkrieg kamen immer mehr ausländische Staatsangehörige ins Deutsche Reich und auch nach Koblenz. Sie waren für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft dringend nötig, denn es standen damals sehr viele Männer als Soldaten im Krieg und zudem wurden in der Rüstungsindustrie und Landwirtschaft viele Arbeitskräfte gebraucht. Diese Ausländer waren entweder Kriegsgefangene oder - wie man sie im Unterschied hiervon verharmlosend nannte - „Zivilarbeiter“. In Koblenz gab es zeitweise 1.265 Fremdarbeiter, vor allem Russen und Polen.

Beispielsweise in Moselweiß und in Lützel existierten „Ostarbeiterlager“. Die Zwangsarbeiter waren bei öffentlichen Betrieben und bei Privatfirmen beschäftigt und kehrten vielfach nach der Arbeit in die Sammelunterkunft zurück. Für die Polen, die schon ab Ende 1939 als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, galt ein strafrechtliches Sonderrecht, die Polenstrafrechtsverordnung. Verstöße hiergegen wurden vor dem Sondergericht angeklagt. Am schlechtesten ging es den Sowjets. Sie waren für die Nazis „Untermenschen“, mussten das Abzeichen „Ost“ für Ostarbeiter tragen, waren fast ausschließlich in Sammellagern - mit Stacheldraht herum - untergebracht. Ihre Lebenssituation war generell gekennzeichnet durch schlechte Ernährung, Bezahlung, Unterbringung und Kleidung, oft überlange Arbeitszeiten, mangelnde ärztliche Versorgung, Übervorteilung durch deutsche Vorgesetzte, Diffamierungen und Misshandlungen. Man wollte nur ihre Arbeitskraft. Schwangerschaften waren unerwünscht. Allein im Städtischen Krankenhaus Kemperhof wurde bei mehreren hundert Polinnen und Ostarbeiterinnen die Leibesfrucht abgetrieben. Kam es gleichwohl zur Geburt eines Kindes, so hatte es angesichts der gesamten Umstände kaum eine Lebenschance und wurde der Mutter auch weggenommen, damit diese sofort wieder Zwangsarbeit leisten konnte. Bei Arbeitsverweigerungen und „Unbotmäßigkeit“ kamen sie vorübergehend in Gestapohaft. Auf dem Koblenzer Hauptfriedhof sind aus jenen Jahren 630 Sowjetbürger, 57 Polen und andere ausländische Staatsangehörige beerdigt. Ihre Schicksale sind schwer individualisierbar darzustellen. Gelungen ist das etwa für Lydia Gritzenko in Koblenz.

Bisher wurde immer von Verfolgungssituationen und von widerständigem Verhalten von Personen berichtet, die Mitglieder von Gruppen waren - und die deshalb widerständig und/oder Opfer von Verfolgung wurden. Der Betroffene wurde verfolgt, weil er Kommunist, Zeuge Jehovas, katholischer Priester, Sinti, Jude, Zwangsarbeiter o.ä. war. Auf der Höhe des Terrors wurde potentiell jedes nonkonforme Verhalten, ja jede abweichende, „defätistische“ Meinungsäußerung zum Verbrechen. Damit erreichte die Verfolgung eine ganz neue Dimension: Es kam tendenziell zur Verfolgung des Volkes.

Pastor Martin Niemöller, einer der aktivsten Köpfe der Bekennenden Kirche und langjähriger Verfolgter der Nazis, hat diese Entwicklung und die Unfähigkeit, dagegen wirksam protestieren zu wollen und später zu können, einmal in die treffenden Worte gekleidet:

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

In den Augen der Nazis und ihrer juristischen Helfer war inzwischen schon die harmlose Meinungsäußerung, wie das Zweifeln am „Endsieg“, straf- und sogar todeswürdig. Nicht selten führten solche „defätistischen“ Äußerungen teilweise zur Todesstrafe oder zu langjährigen Gefängnisstrafen bzw. zur „Schutzhaft“ in Koblenz mit anschließender Deportation in ein KZ und alsbaldigem Tod. Ein Beispiel dafür ist

die Bendorferin Gertrud Roos. Sie wurde von einer „Freundin“ denunziert, aufgrund von nachrichten eines ausländischen Senders defätistische Äußerungen gemacht zu haben. Ihr gelang es noch, den Vorwurf des Abhörens ausländischer Sender zu entkräften, indem sie behauptete, die Nachricht in der Straßenbahn von einem Mann in einem dunklen Mantel gehört und dann weiter erzählt zu haben. Gleichwohl kam sie in Haft, erst in das Gefängnis in Bendorf, dann in Koblenz. Sodann musste sie zwangsweise bei den Vereinigten Weingutbesitzern in Koblenz arbeiten. Von Koblenz aus wurde sie ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück verschleppt, auch von dort aus musste sie Zwangsarbeit leisten. Gertrud Roos überlebte und erzählte mir vor einigen Jahren von ihrem Verfolgungsschicksal. Sie ist im letzten Jahr gestorben.

Ein anderes Opfer des Terrors, und zwar des Terrors in Gestalt der Justiz, war der Koblenzer Medizinalrat Dr. Paul Kolf. Er wurde vom Volksgerichtshof in Berlin unter dem Vorsitz von Roland Freisler, dem „Mörder in roter Robe“ wie er heute genannt wird, wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode verurteilt. Er hatte auf der Straße zu einem Nachbarn gesagt, in Deutschland könne es kommen wie in Italien nach dem Sturz des Diktators Mussolini; Italien falle von Deutschland ab und Deutschland könne sich dann auch nicht mehr halten, dann werde das Militär die Sache in die Hand nehmen. Diese Äußerung wurde mit dem Tode bestraft. Nach zahlreichen Gnadengesuchen und weil diese sog. Rechtsprechung selbst nach nationalsozialistischen Maßstäben fragwürdig war, wurde das Todesurteil in eine achtjährige Zuchthausstrafe umgewandelt. Diese verbüßte Dr. Kolf während des Krieges. Mit der Befreiung vom Hitler-Faschismus kam er zwar aus der Strafhafte frei, starb dann aber schon kurz danach.

Als Lichtblick in jener ganz dunklen Zeit, als moralische Instanz und als Funken Hoffnung auf ein besseres Deutschland gab es den Attentatsversuch am 20. Juli 1944. Ein unmittelbarer Bezug zwischen jenem Widerstand und Koblenz lässt sich nicht herstellen. Aber immerhin sei so viel gesagt: Die in Boppard geborene Maria Terwiel, eine Juristin, war Mitglied der Widerstandsgruppe der sog. Roten Kapelle und wurde ebenso hingerichtet wie der in Bad Ems geborene und zum Kreisauer Kreis gehörende Sozialist und Reformpädagoge Adolf Reichwein. In Koblenz selbst geboren war der katholische Priester und Armeepfarrer a. D. Friedrich Erleben. Als profiliertes Mitglied des sog. Solf-Kreises entging er einer Verurteilung durch den Volksgerichtshof und dem mutmaßlichen Tod nur knapp. Nach dem Krieg wurde er Pfarrer in der Moselgemeinde Müden.

Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler setzte eine ungeheuer große und massive Verfolgung der daran Beteiligten ein. Dabei machten die Nazis und ihre Helfer nicht einmal vor deren Familienangehörigen, also Frauen und Kindern, und selbst nicht vor einer Schwägerin eines Prinzen von Hohenzollern halt. Diese war mit dem Artilleriegeneral Fritz Lindemann verheiratet und lebte während des Krieges bei ihrer Schwester auf Burg Namedy bei Andernach. Frau Lindemann war als sog. Sippenhäftling längere Zeit in Gestapohaft in dem Karmelitergefängnis in Koblenz, ehe sie dann über viele Stationen fast durch das ganze damalige Deutsche Reich gehetzt und schließlich im Hochpustertal in Südtirol befreit wurde.

Ein ähnliches Schicksal wie Lina Lindemann erlitten nach dem 20. Juli 1944 auch Therese Kaiser und Angehörige von ihr in (Neuwied-)Irlich. Sie wurden

„Sippenhäftlinge“ nach Jakob Kaiser, einem Führer der christlichen Gewerkschaften in der Weimarer Zeit und späteren Mitbegründer der CDU in Berlin und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

Während Jakob Kaiser in Berlin untertauchen konnte, waren seine Frau Therese und seine Tochter Elisabeth bei Verwandten in Irlich, bei Therese Kaisers Bruder Sepp und dessen Frau Käthe. Die Gestapo hat keinen noch so fadenscheinigen Grund, Therese und Elisabeth Kaiser zu verhaften. Da man sie aber über ihren Ehemann und Vater ausfragen will, kommen sie in „Sippenhaft“ - zunächst hier in das Gefängnis in Neuwied, dann in das Gefängnis in Koblenz.

Therese Kaiser und ihre Tochter konnten dann im November 1944 – als im Koblenzer Gefängnis nach einem alliierten Bombenangriff das totale Chaos ausbrach – zu ihren Angehörigen in Irlich zurückkehren. Schon einige Tage später wurden sie dort aber erneut festgenommen. Diesmal wurden auch Sepp und Käthe Mohr in „Sippenhaft“ genommen. Dann begann für alle vier eine Odyssee, die sich schließlich ebenfalls ins Hochpustertal in Südtirol brachte.

Dort in dem Hotel „Prager Wildsee kam dann die große Stunde der Eheleute Mohr. In dem verlassenen Hotel organisierten sie die Versorgung und Verpflegung der Häftlinge. Von ihrem Tun kündigt eine kleine Kladde, in die ihre Mithäftlinge und Gäste im Hotel ihren Dank hineingeschrieben haben. Es ist ein richtiges „Dankebüchlein“, in dem sich zu Ehren der Eheleute Mohr damals und zum Teil auch heute noch klangvolle Namen verewigt haben.

Die sie alsbald befreienden Amerikaner brachten sie dann zunächst für fünf Wochen nach Capri und dann nach Hause – letztlich bis vor die Haustür in Irlich.

Zur gleichen Zeit, als die „Sippenhäftlinge“ festgenommen wurden, begann die „Aktion Gewitter“. Diese Aktion kann nicht als eine gezielte Fahndungsmaßnahme nach Beteiligten am versuchten Attentat vom 20. Juli 1944 verstanden werden. Dazu war der Kreis der zu Verhaftenden mit mehr als 5.000 Personen viel zu groß und indifferent. „Sinn“ dieser „Aktion“ war eine „Präventivmaßnahme“, ihre Opfer waren frühere sozial-demokratische und auch kommunistische Mandatsträger (Landtagsabgeordnete, Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete) sowie auch Abgeordnete der Zentrumsparlei. Betroffen von dieser Aktion waren in Koblenz u.a. die frühere Stadtverordnete Maria Detzel, die sich als „wahre Mutter der Kriegsoffer“ einen Namen verdient hatte, und die frühere Zentrumsabgeordnete und Lehrerin Helene Rothländer. Sie kamen aber nach einigen Wochen der Haft frei, das Schlimmste blieb ihnen erspart.

Damit, liebe Gäste, bin ich zwar nicht am Ende und auch nicht fertig, aber ich höre hier mit dem Vortrag auf. Vieles konnte ich nur verkürzt darstellen, manches gar nicht. Ich möchte schließen mit den Worten unseres früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in seiner Rede vom 8. Mai 1985, mit der er seine Hoffnung für die Zukunft zum Ausdruck brachte:

Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hineingewachsen. Die Jungen sind nicht mehr verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie

sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird... Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu Menschen fähig sind. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Menschen anders und besser geworden. Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit - für niemanden und kein Land! Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden.

Ich danke Ihnen.